

Kritik an Handschriftenverkauf wächst weiter

Erbprinz: Rechtsstreit wäre „verheerend“ / Protest von Erzbischof und mehreren Institutionen

Während die internationalen Proteste gegen den geplanten Verkauf der Karlsruher Handschriftensammlung (wir berichteten mehrfach) sich immer mehr ausweiten, hält das Haus Baden an den Plänen fest. Bernhard Erbprinz von Baden sagte in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ hinsichtlich des Protestes: „Viele der Fragen, die momentan sehr emotional diskutiert werden, bedürfen noch der Klärung.“ Die Frage, ob die Sammlungen und Kunstschatze dem Haus Baden oder dem Land gehörten, sei nie geklärt worden und „rechtlich kaum zu lösen“, meinte der Erbprinz. „Wir wollen einen fairen Ausgleich mit dem Land.“

Einen Rechtsstreit schloss er aus. „Das wäre verheerend“, sagte der 36-Jährige. Seine Familie sei mit Baden-Württemberg auf das Engste verbunden. „Wir lieben dieses Land, wir leben in diesem Land. Gegen dieses Land zu klagen, ist für uns ein entsetzlicher Gedanke.“ Er erklärte: „Für mich stellt sich heute die Frage nach der Zukunft von Schloss Salem, und in diesem Zusammenhang muss ich meine Entscheidungen treffen, ob ich will oder nicht.“ Auch die Großherzogin habe „unter besonderen Umständen im Einklang mit dem Testament Verkäufe tätigen müssen“.

Besorgt über die Verkaufspläne zeigte sich der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch in einem Brief an Ministerpräsident Günther H. Oettinger. Insbesondere äußerte er die Befürchtung, dass davon auch Bestände betroffen sein sollen, die im Rahmen der Auflösung der Klös-

ter vor 200 Jahren vom Markgräflichen Haus Baden übernommen worden waren. Dazu zählen die bedeutendsten Handschriften der Bibliotheken der Klöster von St. Peter im Schwarzwald, der Reichenau, Ettenheimmünster, St. Blasien, St. Georgen bei Villingen oder Wonnetal bei Kenzingen. „Alle diese Handschriften dokumentieren den bedeutenden kulturellen, wissenschaftlichen und historischen Beitrag, den die Klöster für unser Land und für die Kirche im Südwesten Deutschlands geleistet haben“, heißt es in dem bischöflichen Schreiben. Sie müssten deshalb „unbedingt in ihrer Gesamtheit in unserem Land“ erhalten bleiben und dürften keineswegs durch Vereinzelung zerstört werden.

Auf seiner jüngsten Sitzung verabschiedete der Karlsruher Kulturkreis, in dem die führenden 20 staatlichen und kommunalen Institute von Kultur, Wissenschaft und Kunst – darunter Landesmuseum, Kunsthalle, Universität, Staatstheater und Generallandesarchiv – vertreten sind, eine Resolution. In dem Schreiben an den Ministerpräsidenten äußern die Mitglieder ihr Entsetzen über den geplanten Verkauf. Darin heißt es: „Die international bedeutende Handschriftensammlung“ beherberge „kostbarste Werke, die auf unvergleichliche Weise den Zusammenhang unserer gesellschaftlichen Entwicklung beleuchten. Die schon bis heute ganz außergewöhnliche, von Fassungslosigkeit geprägte Reaktion der nationalen und internationalen Fachwelt auf das

Vorgehen der baden-württembergischen Landesregierung“ habe „dem Ansehen unseres Landes bereits großen Schaden zugefügt“. Daher appelliere man an die Regierung, „unverzüglich nach Lösungen zu suchen, die den Erhalt der Handschriftensammlung der BLB in ihrer Gesamtheit dauerhaft sichern“.

Proteste kommen auch von der Union der deutschen Akademien und dem PEN-Zentrum: Die Dachorganisation der sieben Wissenschaftsakademien forderte die Bundesregierung gestern auf, die Handschriftensammlung der Bibliothek auf die Liste der nationalen Kulturgüter zu setzen. Es sei staatliche Aufgabe, den Kernbestand des kulturellen Erbes für künftige Generationen zu bewahren. Der deutsche Generalsekretär der internationalen Schriftstellervereinigung, Wilfried Schoeller, sprach von einer „eklatanten Verletzung der staatlichen Pflicht, über die Kulturgüter im öffentlichen Besitz zu wachen, sie zu erhalten und zu pflegen“. Mittelalterliche Handschriften seien keine Verfügungsmasse. Mehr als 2 500 führende Fachleute aus aller Welt haben einen „Offenen Brief“ an den Ministerpräsidenten und die Landtagsabgeordneten unterzeichnet. Darin äußern die Experten ebenfalls ihr Entsetzen über den geplanten Verkauf. Der Plan der Landesregierung sei geeignet, „dem Ruf Deutschlands als Kulturnation und Wissenschaftsstandort in der Welt schweren Schaden zuzufügen“.

BNN/dpa